

## 1 Woche vor der Kommunalwahl 1979 (Kopie des Originals vorhanden)

ABSCHRIFT!“SPD — Fraktion Herten

Welche Anforderungen stellt die SPD-Fraktion zum Bau der Ersatzstraße für die Schützenstraße (Nord-Süd-Achse)?

Die SPD hat sich mit dem Problem der Nord-Süd-Achse in mehrfachen Besprechungen beschäftigt. Sie kam zu der Auffassung, bei den kommenden Beratungen im Mai (79) folgende Stellungnahme abzugeben:

1. Es muß sichergestellt werden, daß durch den Bau der Ersatzstraße den Lärm und Umweltbelastung der Anwohner der Schützenstraße erheblich vermindert wird. Die Schützenstraße sollte sowohl im Norden als auch im Süden abgebunden werden, damit auf der Straße kein Durchgangsverkehr mehr möglich ist. Das gleiche gilt auch für die Wieschenbeck, die an der Schützenstraße oder am Katzenbusch abzubinden ist.
2. Trotz der Abbindungen der Schützenstraße und der Wieschenbeck ist die SPD- nicht bereit, die Jägerstraße zum Durchgangsverkehr freizugeben, insbesondere nicht das Stück vom Katzenbusch bis zum Friedhof. Wenn die Nord- Süd- Achse gebaut wird, muß diese den Durchgangsverkehr insgesamt aufnehmen.
3. Die Bürger sind bei Verwirklichung der Nord- Süd- Achse für Grundstücke, Häuser und Anlagen zu entschädigen, wie es durch die Umlegung in der Stadtmitte geschehen ist. Der südliche Bereich bis zur Kaiserstraße ist niveaugleich zu bauen, eine Aufständigung oder Dammanschüttung der Straße darf nicht erfolgen. Damit der aus Herten abfließende Verkehr aufgenommen werden kann, sind 3 Anschlüsse zwischen Herten- Süd und Herten erforderlich, wobei die Kaiserstraße und Hochstraße anzubinden sind, muß im Bereich nach Herten zwischen Hoch- und Nimrodstraße überlegt werden, wo ein weiterer Anschluß zweckmäßig erscheint.  
Bei der Beratung darf der Bereich von Herten-Süd, Kreuzung Gaststätte 'Look' bis zur Gaststätte 'Brauckmann' nicht übersehen werden, da insbesondere hier Parkstreifen und ein flüssiger Verkehrsablauf zu garantieren sind.
4. um festzustellen, inwieweit eine Entlastung für die Bürger der Schützenstraße durch die Nord-Süd-Achse erfolgt, ist für diesen Bereich ein Lärmschutzgutachten durch die Verwaltung in Auftrag zu geben. Des Weiteren ist zu prüfen: Aufständigung oder Dammanschüttung 'Schürmanns-Wiese' und die Auslegung der Bundesbahnbrücke sowie die Weiterführung der Trasse nach der Bundesbahnüberführung.
5. Die an die neue Trasse angrenzenden Grundstücksflächen sollen Wohngebiet bleiben.

Begründung der Stellungnahme

Den Generalverkehrsplan haben die Parteien im Rat gutgeheißen. Diese Entscheidung hat zum Inhalt, daß die Schützenstraße dringend eine Entlastung benötigt.

Bei den Diskussionen ging es darum, die Bürger vor Lärme und Umweltbelastung zu schützen. Da der Straßenverkehr ständig zunimmt und nach dem Gutachten bis 1990 jedes Jahr ständig mit einer Neuzulassung von 5 - 10 % an Fahrzeugen zu rechnen ist, haben die Politiker die Aufgabe, großzügige Entlastungsstraßen zu bauen, die insbesondere den Durchgangsverkehr aufnehmen und für Lärm und Umweltschutz Sorge tragen.

Solche Maßnahmen sind notwendig, um die Gesundheit der Bürger zu schützen.

Die SPD ist nicht der Meinung, daß nur in Herten- Mitte eine neue Trassenführung notwendig ist, wie es von der CDU in einem Pressebericht an wird, weil auch im südlichen Bereich der Schützenstraße die Bürger von den bisherigen Lärm- und Umweltbelastungen befreit werden müssen.

Bei den Beratungen spielte die bisherige Verbindung über die Bundesbahn eine große Rolle, da die Brücke über die Bahn zu schmal ist, die Fußgängerwege angehängen sind und eine Verbreiterung technisch erhebliche Schwierigkeiten bereitet. Sollte durch höhere Gewalt diese Verbindung entfallen, bevor eine neue Brücke errichtet ist, ergeben sich für den Verkehr aus den Außenbezirken zwischen Innenstadt bzw. von und zur Autobahn erhebliche Konsequenzen.

Der SPD-Fraktion ist bekannt, daß Lärmschutzanlagen auch an der neuen Trasse erforderlich sind. Dieser Lärmschutz kann aber so angebracht werden, daß er die Lärm und Umweltbelastungen in großem Ausmaß mindert.

Die SPD-Fraktionsmitglieder werden eine Entscheidung in dieser Sache herbeiführen. Diese soll noch vor den Wahlen getroffen werden.

Die SPD-Fraktion will in echter Zusammenarbeit mit den Bürgern diese Aufgabe lösen.“

Unterschrift (Karl Steinhard)